

## 10. Deutsch-Französisches Gewerkschaftsforum

Bericht zum Forum am 27. Februar 2020 in Berlin



Foto: FES-IPA

Am 27. Februar 2020 fand in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin das 10. Deutsch-Französische Gewerkschaftsforum mit Vertreter\_innen des DGB und der wichtigsten Gewerkschaftsverbände aus Frankreich, sowie weitere Expert\_innen statt.

Im ersten Teil des Deutsch-Französischen Gewerkschaftsdialoges wurde zunächst über die Umsetzung des Aachener Vertrages diskutiert. Dieser war ein Jahr zuvor von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Emanuel Macron unterzeichnet worden. Zu Beginn gab Fabian Langenbruch aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) einen kurzen Überblick zum Stand der Umsetzung des Vertrages und der deutsch-französischen Expertengruppe zur Zukunft der Arbeit. Er betonte, dass nach Art. 13 und Art. 21 des Aachener Vertrages die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gerade auch in Fragen des digitalen Wandels stattfinden sollte, da die Digitalisierung der Arbeitswelt neue Geschwindigkeiten bringt und zu Automatisierungspotentialen führt. Eine der zentralen Herausforderungen vor denen Deutschland in Folge der Digitalisierung steht, ist der drohende Wegfall von Arbeitsplätzen. Eine Arbeitsmarktprognose des Ministeriums, die 63 Branchen und 141 Berufsgruppen im Hinblick auf Fachkräfteangebot und Nachfrage begutachtete, ergab, dass 1,3 Millionen Arbeitsplätze bis 2025 wegfallen könnten. Gleichzeitig würden aber auch 2,1 Millionen neue Stellen entstehen. Insgesamt würde die Arbeit zwar nicht ausgehen, sich aber stark verändern. Aufgrund dessen sieht das BMAS die Weiterbildung als zentrales Thema. Die Selbstbestimmtheit jedes Einzelnen soll durch eine „befähigende Arbeitsmarktpolitik“ in

der digitalisierten Arbeitswelt erhalten werden. Besonders stark sind Menschen ohne Berufsabschluss betroffen. Durch ein „Recht auf Nachholung eines Berufsabschlusses“, wofür bereits ein Gesetzesentwurf existiert, soll darauf reagiert werden. Auch in Unternehmen gibt es die Bereitschaft, Weiterbildungsangebote für die Beschäftigten zu ermöglichen. Das Qualifizierungschancengesetz soll hierbei durch finanzielle Leistungen (z.B. Lohnersatzleistungen) Weiterbildung durch Unternehmen unterstützen.



Foto: FES-IPA

Die Deutschen und französischen Perspektiven ähneln sich und auch die Vorstellungen bei der Weiterbildung sind vergleichbar. Philippe Martinez, Vorsitzender der CGT (Allgemeiner Gewerkschaftsbund) betonte, dass es kein „Schicksal“ sei, welche Branchen aufgrund der Digitalisierung verschwinden werden, vielmehr sei es eine gesellschaftliche Angelegenheit, bei der der Staat und die Gewerkschaften sich bei der Frage, welche Branchen und Arbeiten durch die Transformation wegfallen, einmischen sollten.

Reiner Hoffmann, Vorsitzender des DGB akzentuiert besonders die Frage, in welchen Branchen die neuen Arbeitsplätze entstehen. Es gibt Wachstumsbereiche, die Potential haben. Der Transformationsatlas der IG Metall zeigt jedoch, dass Unternehmen nicht auf die Transformation vorbereitet sind.

Gerade die IG-Metall als „Automobilgewerkschaft“ (1/3 der Mitglieder arbeiten in der Automobilbranche) stellt sich an die „Spitze des Transformationsprozesses“. Die Gewerkschaften stehen jedoch vor einem Dilemma, einerseits wollen sie die digitale Transformation des Arbeitsmarktes aktiv mitgestalten, gleichzeitig wollen sie aber auch die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, die ihre Arbeit behalten wollen. Daher bedarf es laut Reiner Hoffmann einer Herangehensweise, die sowohl auf Einkommenssicherheit als auch auf größtmöglichen Erhalt der Arbeitsplätze abzielt. Daher setzt sich der DGB für eine Weiterbildungsgarantie ein. Diese soll eine Lohnfortzahlung von bis zu 24 Monaten oder bei dem Erzielen eines (neuen) Berufsabschlusses bis zu 3 Jahren garantieren. Darüber hinaus fordert er die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes- nicht nur aufgrund konjunktureller Krisen, sondern aufgrund struktureller Krisen. Es müsse ein gesetzlicher Rahmen für die Sicherheit der Belegschaft geschaffen werden, gleichzeitig muss es auch eine Stärkung der Betriebsräte geben, damit Unternehmen nicht gegen, sondern mit der Belegschaft die Transformation gestalten.



Foto: FES-IPA

Die Gewerkschaften stehen jedoch vor einem Dilemma, einerseits wollen sie die digitale Transformation des Arbeitsmarktes aktiv mitgestalten, gleichzeitig wollen sie aber auch die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, die ihre Arbeit behalten wollen. Daher bedarf es laut Reiner Hoffmann einer Herangehensweise, die sowohl auf Einkommenssicherheit als auch auf größtmöglichen Erhalt der Arbeitsplätze abzielt. Daher setzt sich der DGB für eine Weiterbildungsgarantie ein. Diese soll eine Lohnfortzahlung von bis zu 24 Monaten oder bei dem Erzielen eines (neuen) Berufsabschlusses bis zu 3 Jahren garantieren. Darüber hinaus fordert er die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes- nicht nur aufgrund konjunktureller Krisen, sondern aufgrund struktureller Krisen. Es müsse ein gesetzlicher Rahmen für die Sicherheit der Belegschaft geschaffen werden, gleichzeitig muss es auch eine Stärkung der Betriebsräte geben, damit Unternehmen nicht gegen, sondern mit der Belegschaft die Transformation gestalten.

Sabrina Klaus-Schelleter, Referatsleiterin Arbeitsmarktpolitik im DGB und Mitglied der deutsch-französischen Expertengruppe stellt das Papier „Impulse der deutschen und französischen Sozialpartner“ zur Arbeit der Zukunft vor. Insgesamt enthält das Papier sechs Vorschläge:

1. Herausforderungen sollen durch vergleichende arbeitsmarktpolitische Analysen sichtbar gemacht werden, die französische und die deutsche Seite soll stärker voneinander lernen und die Weiterbildung vergleichbarer machen
2. Grenzüberschreitende Mobilität in der beruflichen Bildung besser unterstützen

3. Institutionelle Kooperation in der Berufsbildung
4. Weiterentwicklung der Weiterbildung in den deutsch-französischen Grenzregionen
5. Benachteiligte Gruppen durch die Förderung allgemeiner und digitaler Kompetenzen gezielt unterstützen
6. Zusammenarbeit im Bereich der Forschung und des digitalen Wandels, einschließlich der Themen Künstliche Intelligenz und Sprunginnovationen weiter ausbauen

Im Fokus der folgenden offenen Diskussion steht vor allem die Frage, ob es sich bei dem Entwurf zunächst um ein Gewerkschaftspapier oder gleich ein Papier der Sozialpartner handeln soll. Yvan



Foto: FES-IPA

Ricordeau, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der CFDT (Französischer Demokratischer Gewerkschaftsbund) betont, dass ein Sozialpartnerabkommen vor dem Treffen des Deutsch-Französischen Ministerrats aus strategischen Gründen notwendig sei. Der Planung der Weiterbildungsstrategien komme dabei eine große Wichtigkeit zu. Die CFDT sei zufrieden mit dem vorgeschlagenen Papier, da die Vorschläge sehr konkret sind. Die CFDT spricht sich für ein Sozialpartnerabkommen aus, da es sich bei der Transformation der Arbeitswelt um eine Transformation der Kompetenzen handelt. Auch Boris Plazzi, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der CGT ist mit den sechs Vorschlägen einverstanden,

meint jedoch, dass es zunächst eines Einvernehmens zwischen den Gewerkschaften bedarf, bevor es zum Austausch mit den Arbeitgeberverbänden kommt.

Sowohl Philippe Martinez, als auch Reiner Hoffmann teilen die Ansicht, dass in Zukunft von den Arbeitgebern gefordert werden müsste, dass sich diese an der Finanzierung der Weiterbildung beteiligen. Außerdem müssen sie garantieren, dass die Arbeitnehmer\_innen von dieser bei der Bezahlung profitieren, da die Weiterbildung gute Arbeitsplätze garantieren soll. Zudem soll dies konkret als Forderung an die Arbeitgeber adressiert werden. Jan Stern, Referent für Internationales und Europa beim DGB schlägt vor, die Änderungsvorschläge in das Papier aufzunehmen, bzw. stärker zu betonen. Reiner Hoffmann sieht das Schreiben eines gewerkschaftlichen Papiers auch als Zeichen an die Arbeitsministerien, dass Gewerkschaften geeint und für Zusammenarbeit bereit sind.

Im zweiten Teil des Deutsch-Französischen Gewerkschaftsforums wurde vor allem über den Green Deal für Europa diskutiert und wie dieser vor dem Hintergrund der Gewerkschaften sozial gestaltet werden kann. Rachel Brishoual, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der UNSA (Nationaler Verband der autonomen Gewerkschaften) eröffnete die Debatte, indem sie zunächst darauf hinwies, dass die Europäische Kommission den Klimawandel in den Vordergrund gestellt hat. Auch Aurélie Seigne, Abteilungsleiterin für Wirtschaft und Gesellschaft der CFDT begrüßt die Initiative des Green Deal, merkt jedoch an, dass gerade auch durch den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, nicht genügend Geld zur Verfügung steht und dass die CFDT deswegen einen offenen Brief an Christine Lagarde, die Präsidentin der



Foto: FES-IPA

Europäischen Zentralbank EZB, zur Sensibilisierung der Bedürfnisse in der Übergangsphase richten sollte. Philippe Martinez warnt davor, den europäischen Green Deal dem amerikanischen Green New Deal gleichzusetzen und das hierbei stark differenziert werden muss. Außerdem soll der Gegensatz zwischen klimatischem und sozialem Notstand vermieden werden, indem man die Hindernisse ausarbeitet, die einer realen Politik der sozial-ökonomischen Transformation im Weg stehen. Dafür sollte die 3% Regel für Investitionen, die ökologische und soziale Entscheidungen kombinieren, aufgehoben werden. Als gutes Beispiel für die Umstellung alter Industrien im Rahmen der ökologischen Transformation nennt Philippe Martinez die Papierindustrie, die sich im Gegensatz zur Autoindustrie noch entwickeln muss. Ganz Europa habe das Problem, dass sich Transformationsprozesse zumeist nur auf die großen Metropolen konzentriert. In Frankreich bestünde das Problem darin, dass die Regionen bislang noch nicht bereit seien, diese Herausforderung zu bewältigen. Insgesamt müssen die Gewerkschaften auf den sozialen und klimatischen Notstand reagieren und beide Herausforderungen kombinieren.

Andreas Botsch, Abteilungsleiter internationale und europäische Gewerkschaftspolitik des DGB, unterteilt die Herausforderungen des Strukturwandels in drei Dimensionen: Zunächst die zeitliche Dimension, bei der 30 Jahre als Zeithorizont bis zur CO<sub>2</sub>-Neutralität gewertet werden, was weit über die herkömmlichen Planungszeiträume der Politik hinausgeht. Als zweite Dimension sieht er das immense Volumen der dafür notwendigen Investitionen – und dies zu einem Zeitpunkt, wo wir eine Stagnation von öffentlichen und privaten Investitionen verzeichnen. In der dritten, der politischen Dimension, sieht er die Chance zu einem Aufbruch für transformative Gewerkschaften, denn sie, wie auch NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure, haben eine längere Perspektive als politische Parteien.



Foto: FES-IPA

Jan Philipp Rohde, Referent für Just Transition des DGB stellte ein Konzept zu den Investitionsstrategien der Gewerkschaften vor. Zunächst sei es wichtig zu erwähnen, dass der DGB hinter den internationalen Klimazielen stünde, kein Weg führe an einer Dekarbonisierung vorbei. Auch Deutschland hat ambitionierte Ziele. Für die Gewerkschaften ist es vor allem wichtig, diese Ziele sozial verträglich zu gestalten. Aktuell nimmt der Ausbau der Windtechnologie der letzten Jahre ab, was zu einer Bedrohung der zukünftigen Arbeitsplätze in der Windindustrie führt. Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Gestaltung des Strukturwandels in der Energiewirtschaft und dem Erreichen der Klimaziele befassen soll (die sog. „Kohle-Kommission“). Bis 2038 soll der Ausstieg mit allen vereinbarten Klimazielen kompatibel sein. Die Ergebnisse auf gewerkschaftlicher Ebene wurden in 3 Säulen aufgeteilt.

Jan Philipp Rohde, Referent für Just Transition des DGB stellte ein Konzept zu den Investitionsstrategien der Gewerkschaften vor. Zunächst sei es wichtig zu erwähnen, dass der DGB hinter den internationalen Klimazielen stünde, kein Weg führe an einer Dekarbonisierung vorbei. Auch Deutschland hat ambitionierte Ziele. Für die Gewerkschaften ist es vor allem wichtig, diese Ziele sozial verträglich zu gestalten. Aktuell nimmt der Ausbau der Windtechnologie der letzten Jahre ab, was zu einer Bedrohung der zukünftigen Arbeitsplätze in der Windindustrie führt. Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung darauf geeinigt, eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Gestaltung des Strukturwandels in der Energiewirtschaft und dem Erreichen der Klimaziele befassen soll (die sog. „Kohle-Kommission“). Bis 2038 soll der Ausstieg mit allen vereinbarten Klimazielen kompatibel sein. Die Ergebnisse auf gewerkschaftlicher Ebene wurden in 3 Säulen aufgeteilt.



Foto: FES-IPA

Die Ergebnisse auf gewerkschaftlicher Ebene wurden in 3 Säulen aufgeteilt.

1. Absicherungspakete für die Beschäftigten (inklusive Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote, um Beschäftigte anschlussfähig zu machen)

2. Für wegfallende Arbeitsplätze müssen vergleichbare Arbeitsplätze in der Industrie entstehen. Dafür sollen 40 Milliarden Euro über 20 Jahre in die strukturschwachen Regionen fließen
3. Keine unkonditionierte Abschaltlogik: Abschaltungen gehen nur über ein Paket (Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Strompreise muss gewährleistet sein)

Aurélie Seigne sieht Parallelen zwischen Digitalisierung und ökologischem Wandel. Seit langem warne die CFDT vor einer mehrjährigen Planung und fordert stattdessen langfristige, vorausschauende Strategien. Für die Zusammenarbeit in der Wirtschaft müsse der ökologische Wandel vor allem mit einer Veränderung der Produktion einhergehen. Da der Anteil der Industrie an der französischen Wirtschaft derzeit rückläufig ist und die Regierung diese wiederbeleben will, sollte dies aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht als Chance genutzt werden.

Philippe Martinez betont, dass die Debatte zum Strukturwandel über das hinausgehen muss, was bisher in Deutschland getan wurde, allein das Thema Energie erfordere dabei eine sehr breite Debatte, denn Energieverbrauch sei mit wirtschaftlichen Möglichkeiten verbunden. Er kritisiert dass Deutschland einerseits die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke beschlossen hat, andererseits aber bereit ist, weiterhin Atomenergie aus Frankreich zu beziehen.

Reiner Hoffmann erläutert, dass es im Zusammenhang mit der Kernenergie auch Auseinandersetzungen innerhalb des DGB gab, viele Gewerkschaften sprachen sich für den Ausstieg, andere dagegen aus. Auch in anderen Ländern gäbe es diesbezüglich große Konflikte, so sprachen sich beispielsweise polnische Gewerkschaften für den Erhalt der Kohleverstromung in Polen aus.

In seinem Schusswort betont Reiner Hoffmann, dass es sehr wichtig ist, das Thema „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“ verstärkt im deutsch-französischen Kontext zu diskutieren, da es nicht an Erkenntnissen mangelt, sondern an Strategien, die Rechten zu bekämpfen. Er weist in diesem Kontext darauf hin, dass im Vergleich zum Durchschnitt der Wähler, deutsche Gewerkschaftsmitglieder bei den letzten Wahlen überproportional rechte Parteien gewählt haben. Auch Philippe Martinez erkennt dieses Problem in Frankreich. Obwohl die Gewerkschaftsmitglieder in Frankreich weniger rechts wählen als der Durchschnitt, verzeichnet Frankreich allgemein ein höheres Erstarken der Rechten, als in Deutschland.



Foto: FES-IPA